Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1092**

15. Wahlperiode 03. 06. 2003

Antrag

der Abgeordneten Petra Weis, Eckhardt Barthel (Berlin), Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Sigmund Ehrmann, Annette Faße, Rainer Fornahl, Monika Griefahn, Gabriele Groneberg, Ernst Kranz, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Dr. Christine Lucyga, Heinz Paula, Karin-Rehbock-Zureich, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Wolfgang Spanier, Ludwig Stiegler, Jörg Tauss, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Margrit Wetzel, Andrea Wicklein, Heidi Wright, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ursula Sowa, Rainder Steenblock, Dr. Antje Vollmer, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Qualitätsoffensive für gutes Planen und Bauen voranbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bauen und räumliches Planen stehen vor vielfachen Herausforderungen. Die Neubautätigkeit ist rückläufig, weil es in Teilen von Deutschland gesättigte Märkte für Wohnungsbau, Büro- und Gewerbeimmobilien gibt. Die Finanznot schränkt die Investitionstätigkeit der Kommunen ein. Die Investitionstätigkeit der Kommunen ist rückläufig. Neue Wirtschafts- und Investorenstrukturen, der demografische Wandel und der Wandel der Lebensgewohnheiten verändern die Anforderungen an die Nutzung von Stadt und Dorf, Siedlung und Gebäude grundlegend und weiten die Transport- und Verkehrsansprüche kontinuierlich aus. Kostensenkungsdruck und standardisierte Bauprodukte und Bauverfahren bestimmen zunehmend das Bauen.

Die Bundesregierung fördert in umfassender Weise die energetische Gebäudesanierung und die Erneuerung von Wohnungsbeständen und kommunaler Infrastruktur. Energieeffizientes und ökologisches Bauen und Sanieren, eine nachhaltige Gebäudenutzung und Bewirtschaftung und ein flächensparender, nachhaltiger Städtebau setzen neue Maßstäbe für Bauen und Stadtplanung, Landschafts- und Freiraumgestaltung. Der Ingenieurbau muss sich ebenfalls mit seiner Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und Erneuerung befassen.

Auch im Wandel der Aufgabenstellung muss Planen und Bauen sich der Dimension der Ästhetik und der Gestaltungskultur stellen. Da alle Menschen täglich in geplanter und gebauter Umwelt leben, kommt der Planungs- und Baukultur ein ganz besonderer Stellenwert zu. Es geht darum, das Erscheinungsbild und die Lebensqualität unserer Städte nachhaltig und positiv zu beeinflussen und dafür die Chancen und Möglichkeiten, die Architektur und Baukultur bieten, konsequent zu nutzen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat im Jahr 2000 mit der Initiative „Architektur und Baukultur“ einen breiten, öffentlichen Dialog über das Baugeschehen und den Stand von Architektur und Baukultur in unserer Gesellschaft eingeleitet. Durch eine Vielzahl von Veranstaltungen wurden Verantwortliche und Bürgerinnen und Bürger zusammengeführt, die sich gemeinsam mit dem Beitrag von Planung, Architektur und Baukultur zur Stadtentwicklung beschäftigen. Die ersten Ergebnisse der „Initiative Architektur und Baukultur“ sind in einem Bericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 14/8966) zusammengefasst.

Der Bericht macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der gebauten Umwelt wieder auf ein wachsendes Interesse stößt, nicht nur in der Fachöffentlichkeit, sondern auch bei der Bevölkerung. Das Interesse an Baukultur verbindet den Willen der Gesellschaft zur Wahrung des kulturellen Erbes mit dem Gestaltungsanspruch an die gebaute Umwelt und der Bereitschaft zur Modernisierung und Veränderung.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

nachdrücklich den von der Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern, Gemeinden, Verbänden und den Vertretern der freien Berufe angestoßenen Dialog über Planung und Baukultur in Deutschland. Das gilt insbesondere für die im Rahmen des ersten Konvents der Baukultur am 4./5. April 2003 in Bonn weiter entwickelte Idee des Aufbaus einer Stiftung Baukultur. Der Deutsche Bundestag unterstützt die damit verfolgten Ziele zur Stärkung der nationalen Position im internationalen Wettbewerb; der Sicherung eines hohen und zukunftsgerechten Leistungsstandards von Planungs- und Bauleistungen und der Sicherung und Pflege des baukulturellen Erbes.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. noch im Jahre 2003 den Klärungsprozess so weit voranzutreiben, dass die Stiftung Baukultur im kommenden Jahr konkrete Gestalt annehmen und über ein Stiftungsgesetz beraten werden kann. Dabei sollten auch die Beschlüsse des 1. Baukonvents für Baukultur berücksichtigt werden. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, dass neben dem Engagement der öffentlichen Hand auch die Beteiligung Dritter – zum Beispiel von Architekten, Ingenieuren oder Unternehmen der Bau- und Wohnungswirtschaft – deutlich wird;
2. in Zusammenarbeit mit zuständigen Fachverbänden, Hochschulen, Institutionen und Persönlichkeiten ein Konzept für den Aufbau einer Stiftung „Baukultur“ auf Bundesebene zu erarbeiten, das insbesondere folgende Aufgabenfelder einbezieht:
   - die gleichberechtigte Einbeziehung der Arbeitsfelder Architektur, Ingenieurbau, Denkmalschutz, Städtebau, Freiraum- und Landschaftsentwicklung,
   - Bauwirtschafts- und Verfahrenskultur,
   - Bauqualität von energieeffizientem Bauen und Sanieren,
   - Nachwuchsförderung und Zusammenarbeit mit Hochschulen,
   - Verbreiterung der Wissensgrundlagen für Städtebau und Baukultur bei jungen Menschen,
   - Stärkung der baukulturellen Verantwortung von öffentlichen und privaten Bauherren und Eigentümern,
   - Gesundheitsschutz und Umweltschutz bei Baumaterialien;

3. ein Konzept zur Förderung des Exports von Leistungen der deutschen Bauwirtschaft und deutscher Dienstleistungen aus Planung, Architektur und Ingenieurbau innerhalb der EU und weltweit zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden systematisch umzusetzen;
4. die Vorbildfunktion des Bundes bei eigenen Bauvorhaben und im eigenen Verantwortungsbereich kontinuierlich zu verbessern durch
   - die verstärkte Durchführung von Architekten- und Ingenieurwettbewerben bei bedeutenden Baumaßnahmen des Bundes und seiner Zuwendungsempfänger,
   - die kontinuierliche Überprüfung und Fortschreibung des Leitfadens für ökologisches und nachhaltiges Bauen und Sanieren,
   - die Beachtung von Anforderungen des Denkmalschutzes bei bundeseigenen Bauten,
   - die Bildung eines Arbeitskreises öffentlicher Bauherren zur Erarbeitung gemeinsamer baukultureller Prinzipien und Grundsätze,
   - die Förderung herausragender Leistungen und des Nachwuchses auf dem Gebiet der Architektur, des Ingenieurwesens, des Städtebaus und der Freiraumplanung durch Preise und sachbezogener Wettbewerbe,
   - die Stärkung des Stellenwerts der „Kunst am Bau“ bei Baumaßnahmen des Bundes;
5. das Bewusstsein dafür zu stärken, dass Denkmalpflege neben Bauwerken längst vergangener Epochen auch solche der jüngsten Vergangenheit einbezieht;
6. einen neuen Themenschwerpunkt „Baukultur“ im Forschungsprogramm des Bundes „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ zur Stärkung von Innovation im Bau- und Wohnungswesen und zur Unterstützung der Wissenspartnerschaften zwischen dem unternehmerischen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich aufzubauen und kontinuierlich weiter auszugestalten;
7. bei der Förderung des Stadtumbaus in Zusammenarbeit mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass baukulturellen Aspekten und Gestaltungsfragen bei baulichen Veränderungen und Freiraumplanungen sowie bei der Verfahrenskultur ein hinreichender Stellenwert eingeräumt wird;
8. darauf hinzuwirken, dass in den Diskussionen und Bewertungen zur Baukultur die Stadtplanung und Stadtquartiersplanung starke Berücksichtigung finden, da die humane Qualität von Baukultur neben der Frage der Ästhetik ganz wesentlich mit den Grundrissen von Gebäuden und Gebäudekomplexen zu tun hat, ihren Funktionen, dem richtigen Verhältnis von Geschlossenheit und Öffnung in den städtischen Raum;
9. sich im Rahmen der Gemeindefinanzreform für eine deutliche Stärkung der kommunalen Finanzen einzusetzen, damit die kommunalen Spielräume für Investitionen in die bauliche Infrastruktur wieder ansteigen;
10. noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht zum Stand der Umsetzung dieses Prozesses vorzulegen, der die Zukunftsanforderungen konkretisiert.

Berlin, den 3. Juni 2003

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333